

Anmerkungen zur politischen Kultur

21./22. Januar 2005

Bildungszentrum Schloss Eichholz

Kongressdokumentation
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Günter Buchstab (Hrsg.)

Sankt Augustin, August 2005
ISBN 3-937 731-57-1

Ansprechpartner:
Dr. Günter Buchstab
Hauptabteilungsleiter Wissenschaftliche Dienste
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Telefon: +49 2241 246-210; **ab 26.8.2005: +49 2241 246-2210**
E-Mail: Guenter.Buchstab@kas.de

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelei der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

Anmerkungen zur politischen Kultur

21./22. Januar 2005

Inhalt

1. Vorwort <i>Günter Buchstab</i>	Seite 7
2. Bemerkungen zur geistigen Verfassung Deutschlands <i>Norbert Lammert</i>	Seite 11
3. Entwicklung nach rechts? Anmerkungen zur politischen Kultur <i>Werner J. Patzelt</i>	Seite 23
4. Extremisten im Parlament: heute Sachsen, morgen Deutschland? <i>Matthias Rößler</i>	Seite 43
5. Die Autoren	Seite 51

Vorwort

Günter Buchstab

Der Bundespräsident hat den Weg für die Neuwahl des Bundestages freigemacht. In vielen Pressekommentaren, die die Jahre nach 1998 bilanzieren, wird nicht nur das Scheitern der rot-grünen Koalition konstatiert, es wird häufig auch festgestellt, dass damit die Generation der „68er“ an ein Ende gekommen sei. Dafür spricht nicht nur die Tatsache, dass ihre Protagonisten in die Jahre gekommen sind und der „lange Marsch durch die Institutionen“ in der Pensionsberechtigung sein Ende findet. Mit dem Niedergang der rot-grünen Koalition geht eine deutlich erkennbare Suche nach geistiger Orientierung einher. Der Glaube an wie selbstverständlich wachsenden Wohlstand ist brüchig geworden, die Gewöhnung an immer

weiter ausgedehnte soziale Staatsbetreuung stößt an Grenzen, und damit verlieren dominierende Identitätselemente der Nachkriegszeit ihre Kraft. Politische und gesellschaftliche Leitbilder und Grundüberzeugungen sind ins Wanken geraten.

Gesucht wird eine neue Definition für die Rolle des Staates, für das Verhältnis von Staat und Bürger, für das, was „sozial“, was „soziale Gerechtigkeit“ sein soll. Der „Laissez-faire-Multikulturalismus“ hat sich überlebt. Die geschichtspolitische Tektonik der Nach-68er-Jahre scheint sich zu verschieben. Die eigene Trauergeschichte um Bombenkrieg und Flucht und Vertreibung, die Erinnerung an die eigenen Opfer in einem von Deutschland heraufbeschworenen Vernichtungskrieg sind nicht mehr tabu, ohne dass die zerstörerischen Verbrechen und Untaten der Nazis relativiert werden. Symptomatisch für die Suche nach Orientierung sind die Diskussionen über „Leitkultur“, Nation oder Patriotismus, und „konservativ“ scheint kein Schimpfwort mehr zu sein.

Das sind alles freilich noch tastende und noch nicht in eine Systematik hineinzubringende Bewegungen. Aber sie deuten an, dass die Gesellschaft nach Identität sucht. Wir brauchen daher Orientierungsangebote im Sinne der Zukunft unserer freiheitlich demokratischen Ordnung und zugunsten der Stabilität der Architekturprinzipien unserer Verfassung und unseres Staates. Gerade in Krisenzeiten, das lehrt die historische Erfahrung, etablieren sich von rechts und von links politische Gruppierungen, die nicht zukunfts-, sondern rückwärtsgewandt auf Stimmenfang gehen. Auch in unserer Zeit wächst die Versuchung, sich in einfache Rezepte und simple Lösungen zu flüchten. Die Demokratie aber ist eine anspruchsvolle Staatsform. Sie setzt den politisch Gebildeten, den zumindest informierten Bürger voraus, wenn sie dauerhaft funktionieren soll. Und sie setzt historisches Bewußtsein voraus, das immer die Gefahr des Scheiterns einschließt, dem sie vorbeugen muß. Es scheint ein Kennzeichen des Zustandes unserer

derzeitigen politischen Kultur zu sein, dass man diese einfachen Zusammenhänge zu wenig kultiviert und bis heute zu wenig beachtet hat. Der Historiker Michael Stürmer hat 1985 einmal formuliert, dass „im geschichtslosen Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“.

Die christliche Demokratie hat die Chance, die Regierungsverantwortung in Deutschland zu übernehmen. Allerdings erwarten die Bürger unseres Landes nicht nur Antworten auf die derzeit drängenden politischen Probleme. Die christliche Demokratie ist aufgrund ihres Wertehorizonts, der im christlich-abendländischen Erbe wurzelt, geradezu in der Pflicht, auch ihr geistiges Orientierungsangebot zu verdeutlichen. Wer, wenn nicht sie, ist heute, da Defizite immer deutlicher spürbar werden, berufen, eine konstruktive Grundstimmung zu pflegen und zu stärken und zukunftsfähige Antworten zu geben?

Die hier veröffentlichten Referate, die bei einer Tagung in Schloss Eichholz am 21./22. Januar 2005 gehalten worden sind, sind ein Versuch, einen Beitrag zur Standortbestimmung zu leisten. Mit der geistigen Verfassung Deutschlands befasst sich Norbert Lammert; mit den Problemen unserer politischen Kultur und den daraus resultierenden Herausforderungen für die CDU setzt sich Werner J. Patzelt auseinander; Matthias Rößler schließlich analysiert die politische Entwicklung in Sachsen nach der Landtagswahl 2004.

Ich danke den Autoren dafür, dass sie uns ihre Beiträge so rasch zur Verfügung gestellt haben. ■

Bemerkungen zur geistigen Verfassung Deutschlands

Norbert Lammert

Mit der geistigen Verfassung unseres Landes war es, wenn man mal unter unserem Land die zweite Republik versteht, immer schon etwas schwieriger als mit der Verfassung anderer Länder. Das ist auch bis heute so geblieben.

Ich möchte beginnen mit einigen Einschätzungen zur Befindlichkeit des Landes, auch der Partei, die aus der Zeit des Jahreswechsels stammen, also einer für Bilanzen und Rechenschaft und Übersichten besonders beliebten Jahreszeit, und die, wie auch immer präzise oder auch überzeichnet sie erscheinen mögen, jeweils einen durchaus originellen Ansatzpunkt für die-

se Beurteilung der geistigen Verfassung unseres Landes bieten. Unter der Überschrift „Standort Heimat“ und dem Untertitel „Auf der Suche nach den Werten“ hat Heribert Prantl, der Chefkolumnist der „Süddeutschen Zeitung“, – ja, warum der nun eigentlich weniger als andere – vor ein paar Wochen geschrieben, ich zitiere: „Zehn Jahre lang hat die deutsche Politik Deutschland zum bloßen Standort kleingeredet. Die deutsche Leitkultur bestand in der Ökonomisierung aller Lebensbereiche sowie im Um- und Abbau des Sozialstaates. Die Wertedebatte beschränkte sich darauf, den Wert von niedrigeren Steuern und sinkenden Lohnnebenkosten zu beschwören. Als neues Grundrecht etablierte sich eines auf ungestörte Investitionsausübung. Und während die Steuern sanken, kroch in den Schulen und Kindergärten der Schimmel die Wände hoch.“ Und er hat dann mit Blick auf die Verfassung der Parteien im gleichen Leitartikel resümiert: „Wer seinen Anhängern keine Heimat mehr bieten kann, ist nicht recht glaubwürdig, wenn er über den Wert von Heimat redet.“

In der „Welt“, die vielleicht nicht unter dem gleichen spontanen Verdacht der organisierten Unfreundlichkeit uns gegenüber steht, schreibt Eckhard Fuhr Mitte Dezember 2004 in einem Artikel mit dem Untertitel „Die Deutschen sind längst Patrioten. Widerrede gegen ein konservatives Klischee“: „Die konservative Klage über die deutsche Misere ist eine eigenständige Kunstform des Politischen. Sie setzt sich über die deutsche Wirklichkeit souverän hinweg, weil sie sich mit ihrem rhetorischen Repertoire selbst genug ist. Gegenstand der Klage ist neben der Machtversessenheit und Sozialbesessenheit vor allem die Geschichtslosigkeit Deutschlands, aus der zwingend, so das konservative Kredo, mangelnde Vaterlandsliebe und ungenügender Nationalstolz folgen.“ Und hat dann als seine Beurteilung der geistigen Verfassung unseres Landes in diesem Artikel hinzugefügt: „Historiker werden das Jahrzehnt nach der Jahrtausendwende einmal als Epoche eines grundlegenden deutschen Bewusstseinswandels beschreiben. Doch schon für den Zeitgenossen sind die Zeichen der Veränderung mit Händen

zu greifen. Das beginnt bei ganz banalen Tatsachen: History sells. Geschichte ist in.“ Er führt dann in einer Reihe von Beispielen, unter besonderer Berücksichtigung auffällig wahrgenommener Filme, von „Luther“ bis zum „Untergang“, eine Wiederentdeckung historischer Themen auf als, wie er jedenfalls meint, Epochenwandel in der Bewusstseinslage der deutschen Bevölkerung.

Ich will eine drittes Zitat in der Abteilung Fremdbeobachtung der geistigen Verfassung unseres Landes, unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Christlich-Demokratischen Union, an den Anfang stellen. Es stammt aus der „Zeit“ vom wiederum 16. Dezember 2004, in der Bernd Ullrich unter dem Titel „Christlich-demokratische Verunsicherung“ schreibt: „Die Union kann ihren ungewollten und ungeliebten neoliberalen Kurs nur ausbalancieren durch das Set an Sicherheiten, das man noch zu haben glaubt: Patriotismus, Familie, Religion. Nach innen wie nach außen müsste die konservative Partei mit diesen Werten eigentlich Halt finden und geben. Und das hat man ja auch versucht, zuletzt auf dem Parteitag. Die entscheidende Frage ist, warum es weder die Mitglieder beruhigt noch die Wähler nachhaltig beeindruckt.“ Und er trägt folgende Erklärung für diese Beobachtung vor: „Die Fließrichtung des Zeitgeistes hat sich verändert. Vor dem waren die Verhältnisse bürgerlich, konservativ und gefestigt. Immer mehr Menschen wollten daraus entfliehen. Das ging so lange, bis klar wurde, dass die liberale Lebensweise auf Dauer nicht befriedigt und die Gesellschaft auseinander treibt. Nun streben wieder viele zur Familie, nicht wenige sogar zur Religion, ja selbst dieses komische, starke, versehrte Vaterland hält man für liebenswert. Es gelingt nur nicht immer – weder die Idealfamilie, noch der Glaube, noch das Deutschlandlieben. Und für dieses Nichtgelingen will man sich von denen, die behaupten, immer schon alles richtig gemacht und gedacht zu haben, nicht anrempeln lassen. Man traut den allzu Gradlinigen nicht, man mag sie nicht.“ Und er beschäftigt sich dann mit der, wie ich finde, übrigens auch schwer zu übersehenden Popularität, die seit geraumer

Zeit Politiker mit sozusagen offenkundig gebrochenen Biographien im öffentlichen Ansehen genießen, bei denen, im Sinne dieser Beschreibung, der Mangel an Geradlinigkeit sich als ganz besonderes Merkmal der Attraktivität auswirkt.

Nun werden Sie mir hoffentlich zustimmen: Die drei, nicht willkürlich aber auch nicht einer ganz subtilen Systematik folgenden Stimmen, die ich hier zitiert habe, haben manches gemeinsam, unterscheiden sich deutlich in der Art des Beobachtungsansatzes und sie sind alle drei sicher auf ihre Weise Überzeichnungen. Für frei erfunden halte ich sie nicht. Da es sich hier unzweifelhaft um rein subjektive Einschätzungen einer geistigen Verfassung des Landes und seiner politischen Kräfte handelt, will ich das um einige Zahlen ergänzen, die wiederum zum gleichen Zeitpunkt, Mitte Dezember 2004, vom Institut für Demoskopie in Allensbach im Kontext unserer Frage Verhältnis zur eigenen Gesellschaft, zu deren Grundlagen, zu deren Werten und ihrer Orientierung ermittelt und veröffentlicht worden sind. Nach Auffassung der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung sind weder christliche Werte noch christlicher Glaube das, was Deutschland und Europa im besonderen Maße prägen. Es geht jetzt um die Selbsteinschätzung der Befragten und nicht um einen tatsächlich oder vermeintlich objektiven Sachverhalt. Nur knapp jeder dritte Befragte ist überzeugt, dass sich die deutsche wie die europäische Identität vor allem auch aus christlichen Werten ableitet. Nur jeder Dritte ist überzeugt, dass sich die deutsche wie die europäische Identität vor allem auch aus christlichen, doppelte Relativierung, Werten ableitet. Noch weniger gilt der christliche Glaube als identitätsstiftend und prägend. Nur noch knapp die Hälfte der deutschen Bevölkerung beschreibt sich heute selbst als religiös, mit den nicht sonderlich überraschenden Altersdifferenzierungen, die ich jetzt einmal weglasse. Für 48% der Bevölkerung und nur für 28% der jüngeren Generation bis 30 Jahre sind christliche Werte eine wichtige Orientierungslinie im eigenen Leben. Die Mehrheit der jungen Leute bis 30 hält christliche Glaubensüberzeu-

gung heute für nicht mehr zeitgemäß, und die Mehrheit der gesamten Bevölkerung geht davon aus, dass die Religion in Deutschland für die meisten Menschen heute keine existentielle Bedeutung mehr hat. Und jetzt beschreibt die gleiche Untersuchung nach der gleichen Feldbefragung neben diesem Befund – der allenfalls in der Ausprägung aufregend ist aber nicht in der Tendenz, die seit längerem absehbar und erkennbar ist – die Einschätzung der gleichen Leute zum Umgang mit Islam und deren Wertvorstellungen und Orientierung im Kontext unserer Gesellschaftsordnung und unseres Verfassungsverständnisses.

Und Renate Köcher sagt, die gleichen Leute, die für sich erklären, dass sie christliche Wertüberzeugung für sich selbst für eher unerheblich halten und schon gar nicht mehr für prägend, was unser Gesellschaftsverständnis angeht, finden den Rang des Religiösen in islamischen Staaten und Gemeinschaften unheimlich. Schon gar die damit häufig verbundene Neigung zum Fanatismus und Fundamentalismus und die Ausprägungen in Gestalt der Benachteiligung von Frauen, dogmatischer Starrheit, Intoleranz gegenüber anders Denkenden, lehnen sie mit haushohen Mehrheiten ab. Christentum und Islam werden als so verschieden empfunden, dass sich die Mehrheit der Befragten eine friedliche Koexistenz nicht vorstellen kann. Nur 29% der gleichen Befragten halten ein friedliches Nebeneinander für möglich, während 55% davon ausgehen, dass es immer wieder zu schweren Konflikten kommen wird. Und mit diesem Teil der Befragung korrespondiert dann durchaus, dass eine hohe Mehrheit der Bevölkerung für ein Verbot von Kopftüchern, schon gar in öffentlichen Institutionen, ist und das Argument, wenn der Staat das Kopftuch als religiöses Symbol im engeren oder weiteren Sinne ablehnen müsse, das für andere religiöse Symbole auch gelten muss, ausdrücklich und nachdrücklich zurückweist. Die gleichen Leute, die für sich selber christliche Wertorientierung als unerheblich und für die Gesellschaft nicht prägend erklären, begeben sich in eine dezidiert, teilweise offensive Position, was den Anspruch der Gleichrangigkeit des einen mit

dem anderen in dieser unserer Gesellschaft betrifft. Renate Köcher folgert aus den vorgelegten Zahlen: „Die Konfrontation mit dem Islam birgt die Chance, dass die europäischen Gesellschaften die Voraussetzungen und Konsequenzen einer freiheitlichen Gesellschaft reflektieren und sich in der Herausforderung durch einen Gegenentwurf ihrer selbst bewusst werden.“ Ob und in welchem Umfang das eine Chance ist, kann jeder von Ihnen mindestens so gut beurteilen wie ich. Dass dies jedenfalls auf der Basis des empirischen Materials für bestenfalls eine Chance gehalten wird, beschreibt nicht gänzlich unmaßgeblich die geistige Verfassung dieser Nation.

Und ich möchte, wenn Sie mir diesen gewissermaßen persönlichen Kommentar gestatten, unseren eigenen Umgang mit diesem Thema kritisch beleuchten im Kontext einer Diskussion, die vor noch nicht ganz so langer Zeit aus den eigenen Reihen begonnen wurde, und mit erstaunlicher Geschwindigkeit zu den Akten gelegt wurde: „Leitkultur“. Ich will einmal vorsichtig anfangen. Eine Begabung haben die Deutschen ganz offensichtlich nicht, mit einer souveränen Gelassenheit auch um so sperrige und schwierige Themen zu streiten. Wenn an der damals aufgeregten öffentlichen Debatte über Leitkultur irgend etwas wirklich deutsch war, dann der teutonische Eifer, mit dem sie geführt wurde. Sie erinnern sich alle, dass der unmittelbare Anlass dieser Debatte die öffentliche Auseinandersetzung mit den Problemen Zuwanderung und Integration war und mit den Schwierigkeiten, die alle miteinander, keineswegs die Union exklusiv, mit der Bewältigung dieser Herausforderung hatten. Die damit verbundenen offenen Fragen waren der unmittelbare Anlass der Debatte über die Leitkultur, deren Bedeutung aber im Kontext nicht nur den gerade vorgetragenen Zahlen über diesen Anlass weit hinaus reicht. Dabei steht nach meiner Beobachtung der Streit um den Begriff in auffälligem Kontrast zu der inzwischen bemerkenswerten Übereinstimmung in der Sache. Jedenfalls ist das Maß an inhaltlicher Übereinstimmung um so größer geworden, je heftiger der Streit tobte. Was prompt mit dem Vorschlag geahndet wurde, den

Begriff Leitkultur zum Unwort des Jahres zu erklären. Auffällig war übrigens auch, dass es kaum ausländische Beobachter waren, die an diesem Begriff und der damit verbundenen Debatte Anstoß genommen haben, wohl aber zahllose deutsche Intellektuelle, denen offenkundig die Zweifel am Begriff noch wichtiger waren als der beachtliche Konsens, der sich bei Anhängern wie Gegnern dieses Schlagwortes längst eingestellt hatte. Und da ich für den einen oder anderen von Ihnen vorhin erkennbar mit dem Verdacht einer voreiligen Affirmation Heribert Prantl zitiert habe, will ich ihn jetzt – sozusagen in Bedienung Ihrer politisch korrekten Erwartung – in diesem Kontext erneut zitieren. Prantl hat damals keineswegs als einziger, aber als eine besonders prominente Stimme, in einem seiner berüchtigten Leitartikel geschrieben: „Leitkultur ist so falsch, dass man diesen Begriff nicht mit richtigen Inhalten füllen kann. Er ist und bleibt falsch, was immer man da hineinfüllt.“ Dagegen hat auch nur nachrichtlich zur damaligen Debatte ein der Deutschtümelei oder des plumpen Nationalismus so unverdächtig Mann wie der Sozialdemokrat Richard Schröder die Aufregung um den Begriff für vollständig unbegründet erklärt. Schließlich solle damit ja nicht die deutsche Kultur für andere Länder Leitfunktion beantragen, es sei nicht mehr und nicht weniger gemeint, als dass dies für Deutschland und für hier Lebende gelte. Gelegentlich konnte der Eindruck entstehen, dass es in diesem Land manchmal Mut erfordert, Selbstverständliches öffentlich zu vertreten.

Ich glaube, dass diese Debatte, auch wenn sie bedauerlicherweise schnell zu einem, wie ich fest überzeugt bin, vorläufigen Ende kam, dringend erforderlich war. Dass sie manche Beteiligten mit vielleicht schon heute modifizierungsbedürftigen vorläufigen Antworten zur Auseinandersetzung mit Fragen genötigt hat, die ohnehin eher zu lange tabuisiert worden sind und bei denen dann im Zuge dieser Debatte der Konsens sich als möglicher und deutlicher herausgestellt hat, als man gemeinhin vermutet hat. Ich will einmal nur in Erinnerung rufen, dass inzwischen niemand mehr, niemand

ist jetzt vielleicht ein bisschen zu fundamentalistisch wieder formuliert, kaum jemand noch ernsthaft bestreitet, dass Deutschland wie jedes andere Land souverän die Frage entscheiden kann und muss, ob und welche Einwanderer es ins Land holen will. Und dass man das gesetzlich regeln kann und muss und die Frage, ob diese oder jene Art der gesetzlichen Regelung zweckmäßig und angemessen ist, den Streit der Demokraten nicht nur aushält, sondern dringend erfordert. Auch dass man in Ruhe darüber nachdenken muss, ob im Kontext eines gewachsenen Asylrechts immer nur die Zwecke bedient werden, die mit diesem Asylrecht eigentlich gemeint sind, oder auch manche nicht gemeinten und auch nicht gewollten Nebenwirkungen verbunden sind, über deren Verarbeitungsfähigkeit und Verkraftbarkeit eine Gesellschaft nachdenken muss. Fast unstrittig ist inzwischen auch, dass für nahezu jede beliebige theoretisch denkbare Einwanderungs- und Integrationspolitik gilt, was in einer demokratisch verfassten Gesellschaft nur stattfinden kann, wenn sie auf eine breite Zustimmung der Bevölkerung trifft. Voraussetzung für eine solche Zustimmung wiederum ist die Vereinbarung über Regeln für Zuwanderung und die Wertmaßstäbe, auf denen sie beruht. Der gelegentliche Einwand eine Diskussion über solche Maßstäbe begünstige Extremisten, insbesondere Rechtradikale, ist absurd. Radikale und Extremisten können vielmehr überhaupt nur in einer Gesellschaft reüssieren, die sich über ihre Werte und deren Verbindlichkeit nicht mehr zu verständigen traut.

Wenn ich im Kontext der Zahlen und der externen Beschreibung unserer Lage über den Begriff, und natürlich jetzt nicht in erster Linie den Begriff, sondern den Sachverhalt, der damals angesprochen war, resümiere, dann deswegen, weil ich glaube, dass wir Anlass haben, selbstkritisch darüber nachzudenken, ob wir selber eigentlich den Anforderungen genügen, die in diesem Zusammenhang, alle die etwas mit besonderer Verantwortung in diesem Land zu tun haben, wahrnehmen müssen. Zur Schwierigkeit im Umgang mit diesem Begriff will ich – ohne jede auch nur angedeutete

Polemik – an die damalige Auseinandersetzung erinnern. Damals hat beispielsweise jemand vom Kaliber wie Peter Müller erklärt, er könne mit diesem Begriff überhaupt nichts anfangen, er sei ein viel zu missverständlicher, insofern unbrauchbarer Begriff; gleichzeitig aber hatte er überhaupt keine Probleme damit, ein stärkeres Nationalbewusstsein einzufordern, als sei gerade dieser Begriff glasklar, was damit gemeint ist und jedes Missverständnis ausgeschlossen, was mit der anderen Terminologie ganz offenkundig verbunden sei.

Ich denke, der Begriff Leitkultur, den man jetzt nicht unter ästhetischen Gesichtspunkten für nobelpreisverdächtig halten muss, war aber auch nie der Gegenstand der Auseinandersetzung; den Begriff Leitkultur kann nur jemand anstößig finden, der kulturelle Differenzen entweder leugnet oder für irrelevant erklärt. Es wäre aber nicht ehrlich zu bestreiten, dass es kulturelle Differenzen gibt, und es wäre grob leichtfertig, diese Differenzen nicht zur Kenntnis zu nehmen. Leitkultur bedeutet nach meinem Verständnis, dass nicht alles, was kulturell begründet oder begründbar ist, gleichzeitig gelten kann. Jedenfalls nicht in ein und derselben Gesellschaft. Der Anspruch zum Beispiel auf Vorrang des Mannes und der Anspruch auf Gleichberechtigung der Frau können nicht gleichzeitig gelten. Der Anspruch auf körperliche Unversehrtheit und der Anspruch von Verstümmelung von Gliedmaßen als staatlich verhängte Strafe können nicht gleichzeitig gelten. Der Anspruch auf unmittelbare Geltung religiöser Gebote und der Anspruch auf unabdingbare Durchsetzung staatlicher Gesetze schließen sich gegenseitig aus. Ebenso die kulturell-historisch begründeten Vorstellungen auf weitgehende Verbindung von Staat und Kirche oder umgekehrt der weitgehenden Trennung von Staat und Kirche. In Kenntnis solcher jeweils kulturell begründeter Orientierung, aber unvereinbarer Orientierung, Leitkultur für unzulässig oder nicht praktikabel zu erklären, ist entweder ein Mangel an Mut oder ein Mangel an Einsicht, wahrscheinlich an beidem. Ob es im übrigen eine spezifisch deutsche Leitkultur gibt, ist bei

nüchterner Betrachtung durchaus zweifelhaft, im übrigen auch zweitrangig. Dass es eine historisch gewachsene, das gesellschaftliche und politische Leben prägende Leitkultur in Deutschland gibt, ist dagegen offensichtlich.

Kurt Biedenkopf hat in einmal in einer seiner vielen klugen Reden bemerkt, wenn Deutschland multikulturell sein und dennoch seine Identität nicht verlieren soll, braucht es bei allen verschiedenen kulturellen Ausprägungen einen roten Faden. Eben eine Leitkultur. Das scheint mir offensichtlich, mit Ausnahme des Fadens, der nicht unbedingt rot sein muß. Nun gibt es in diesem Kontext immer wieder einen auf den ersten Blick richtigen, wie ich glaube beim genaueren Hinsehen aber unzureichenden, nicht durchschlagenden Einwand, dass nämlich die in Deutschland für jedermann und keineswegs nur für die deutschen Staatsbürger geltenden Werte, Rechte und Pflichten doch im Grundgesetz formuliert seien: Menschenrechte, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung der Frau, Freiheit von Wissenschaft, Kunst und Kultur, Toleranz für fremde Überzeugungen, Freiheit religiöser Betätigung. Dennoch glaube ich, greift der in diesem Zusammenhang gerne reklamierte und offenkundig weniger anstößige Begriff des Verfassungspatriotismus im Ergebnis zu kurz. Warum? Verfassungen fallen nicht vom Himmel. Und sie werden dort auch nicht konserviert, wenn die Zeiten auf Erden turbulent werden. Voraussetzung jeder Verfassung ist Kultur. Die Verfassung setzt erst in rechtlichen Ansprüchen und Verpflichtungen um, was historisch kulturell gewachsen ist. Bestand können Rechte nur haben, wenn ihre kulturelle Grundlage nicht erodiert. Das Grundgesetz oder die im Grundgesetz auf dieser Basis gewachsenen Grundrechte sind Bedingungen für ein freies und friedliches Zusammenleben. Das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft, verstanden als ein virtuelles Gegenkonzept zu einer Gesellschaft, in der es eine Leitkultur nicht geben darf, ist das Konzept einer Gesellschaft, in der alles nebeneinander und nichts wirklich gilt. Ein

solches „Konzept“ kann nie eine verlässliche Grundlage für welche Verfassung auch immer sein.

Nun ließe sich zu diesem Thema noch vieles sagen, was ich auch deswegen nun nicht vertiefen will, weil ich angekündigt hatte, nicht mehr aber auch nicht weniger tun zu wollen, als einige Bemerkungen zur geistigen Verfassung unseres Landes zu machen, ergänzt um einige Bemerkungen zur geistigen Verfassung der eigenen Partei. Dass es vielleicht nicht frei erfunden ist, von einem gelegentlichen Mangel an Einsicht und/oder einem gelegentlichen Mangel an Mut in der Behandlung solcher Zusammenhänge auszugehen, das hat mir auch zum Jahreswechsel ein anderer Zeitungsartikel vor Augen geführt, den ich als letztes Zitat am Schluss dieser Bemerkungen Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen möchte. Mit Datum vom 20. Dezember 2004 schreibt Adolf Muschg, der amtierende Präsident der Berliner Akademie der Künste, unter der Überschrift „Den Deutschen mangelt es an Selbstachtung“ uns folgendes ins Stammbuch: „Der Darstellung der deutschen Kultur nach außen und nach innen liegt ein Selbstachtungsproblem zugrunde.“ Er beschreibt dann, wie das Selbstverständnis dieses Landes, und insbesondere seiner politischen Klasse, bis heute durch die Figur Adolf Hitlers fixiert und absorbiert sei, und sagt, dies führe zu einer, wie er das formuliert, kollektiven Neurose, die sich immer häufiger in der Attitüde bemerkbar mache: „Wenn wir schon nicht die Besten sein können, dass wir die Schlimmsten sind, lassen wir uns nicht nehmen.“ Und er schließt mit einem Satz, der uns eigentlich alle beschämen müsste. Adolf Muschg, der schweizer Schriftsteller, schreibt: „Ich schäme mich der Indifferenz, mit welcher Deutsche ihren spezifischen Beitrag zur Weltzivilisation behandeln.“ Ich schäme mich der Indifferenz, mit welcher Deutsche ihren spezifischen Beitrag zur Weltzivilisation behandeln!

Ich hoffe, dass trotz des vergleichsweise großen Zeitaufwandes, den ich diesem Teil der Debatte eingeräumt habe, deutlich geworden ist, dass es

mir nicht um einen Begriff, wohl aber um einen bestimmten Umgang mit einem zentralen Thema unserer Gesellschaft geht. Und dass ich unter diesem Gesichtspunkt unsere begonnene und schnellstens aufgegebene Debatte zum Thema Leitkultur für leider prototypisch halte. So, wie sie stattgefunden hat, war sie sehr deutsch, sehr prinzipiell, sehr unversöhnlich und selbst durch den Umstand nicht zu beeindrucken, dass sie weit mehr Übereinstimmungen als Unterschiede transportiert hat. Der zeitweise fast hysterische Streit um den Begriff ist ebenso deprimierend, wie der breite Konsens in der Sache eigentlich ermutigend sein könnte. Wir wissen jetzt noch besser als vorher, was wir eigentlich in diesem Land für allgemeinverbindlich halten und halten müssen und was eben nicht. Nur auf den dazu passenden Begriff können und wollen wir uns ums Verrecken nicht einigen.

Tröstliche Bemerkung ganz zum Schluss: Das ist vielleicht allemal besser auszuhalten als umgekehrt. ■

Entwicklung nach rechts?

Anmerkungen zur politischen Kultur

Werner J. Patzelt

Haben wir uns eigentlich das richtige Thema gestellt? Der Linke regiert seit Jahren, linke Leitkultur setzt sich vielfach durch. Rechte hingegen, oder auch nicht ganz so Rechte, werden von den Wächtern des links definierten politisch Korrekten wacker angegriffen und fallen solchen Angriffen mitunter auch zum Opfer. In Ostdeutschland wählt ein stabiles Fünftel der Bevölkerung die PDS, die in zwei Bundesländern mitregiert und weitgehend als eine ganz normale linke Partei angesehen wird.

Obendrein zeigen demoskopische Erhebungen stabil eine ziemlich symmetrische Verteilung der Selbsteinschätzung der politischen Standorte der

Deutschen um die Mitte herum. Wenn man die gleiche Frage Journalisten stellt, so liegt, auf einer Siebenerskala, der Einstellungsmittelpunkt regelmäßig um eineinhalb bis knapp zwei Punkte links vom Mittelwert der Bevölkerung. Die rechtspopulistische Schill-Partei hatte eine sehr kurze Karriere, und ganz allgemein haben rechtspopulistische Parteien es in Deutschland seit Jahrzehnten schwerer als linke oder linken Populismus betreibende Parteien. Wo ist also eine Entwicklung nach rechts zu sehen?

I. Warum unser Thema wichtig ist

Aber es ist doch auch so, dass es überraschend hohe Stimmenanteile für die Rechten bei den sächsischen Kommunalwahlen, auch bei der Europawahl im Frühjahr des letzten Jahres gab, und dass die Rechten bei der Landtagswahl im Saarland überraschend stark abschnitten – um von den Wahlergebnissen des letzten Herbstes in Sachsen und in Brandenburg ganz zu schweigen. Obendrein gibt es etwas, was politische Beobachter lange Zeit für unmöglich erklärt haben: Nämlich ein erfolgreich anmutendes Bestreben der rechten Parteien, ohne wechselseitige Konkurrenz zur nächsten Bundestagswahl anzutreten. Was daraus wird, wird man noch sehen; aber wenn es dazu kommt, ist solche Einigkeit durchaus ernst zu nehmen. Im übrigen läßt sich erkennen, zumindest bei der sächsischen NPD, dass die Parlamentarier sich bemühen, nicht als rechter Sektiererklub aufzutreten, der sozusagen politisches Pubertieren öffentlich zelebriert, sondern als eine renommierte Partei zu erscheinen, die mehr kann als den Kampf um die Straße, die mehr kann als den Kampf um die Parlamente, sondern die auch den Kampf um die Köpfe zu gewinnen hofft und zeigt, dass sie das möglicherweise auch wirklich könnte. Obendrein beobachten wir, dass die Rechten keine Angst mehr vor dem Vorwurf haben, sie seien systemfeindlich. Ganz im Gegenteil: Sie tragen diesen Vorwurf mit Stolz vor sich her: Ja, das System der Bundesrepublik Deutschland gelte es abzuwickeln; es sei ein schlechtes System; und darum sei es richtig, gegen dieses System vor-

zugehen. Obendrein besetzt die Rechte selbstbewusst Begriffe wie Vaterlandsliebe und deutschen Patriotismus.

Da ereignete sich vor kurzer Zeit im Sächsischen Landtag eine sehr unerfreuliche Szene. Es war der Neujahrsempfang der sächsischen NPD. Der Eingangsbereich war der Partei zur Verfügung gestellt; den Zwischenbereich hin zum Plenarsaal besetzten sie auch, den Plenarsaal obendrein. Tatsächlich war es ein Auflauf der gesamten rechtsextremen und rechtsradikalen Prominenz Deutschlands: Die größte Versammlung von Rechten in einem deutschen Parlament seit der Zeit, als Hermann Göring dem nationalsozialistischen Reichstag präsierte. Und da trat der Führer der sächsischen Rechtsradikalen mit allen Zeichen persönlicher Entspannung und Gelöstheit in den Plenarsaal und sagte, er freue sich, so viele echte deutsche Patrioten hier begrüßen zu können! Da fragt man sich schon, ob denn der Sächsische Landtag nicht auch voller deutscher Patrioten wäre, wenn er in seiner normalen Besetzung tagt, oder ob bei Versammlungen der CDU und der SPD, der Grünen und der PDS denn keine deutschen Patrioten da wären. Aber wir haben es nun einmal zugelassen, dass die Rechten auch gute Begriffe usurpieren, die ihnen eigentlich nicht zustehen. Obendrein, und das rundet die Sache ins Schlimme hinein ab, fühlt man als sensibler Beobachter, dass etliches an den Ingredienzien des rechten Gebräus doch auch nicht ganz ohne Substanz ist.

Denn, so lautet schon eine wichtige Frage, wie stellt sich denn unsere Nation zu sich selbst angesichts offener Grenzen in der Europäischen Union, angesichts einer umfangreichen und weitergehenden Zuwanderung sowie eines völlig ungelösten Integrationsproblems? Und wie redet sie über sich selbst und ihr Verhältnis zu sich? Und, um ein Wahlkampfthema der sächsischen NPD aufzugreifen, wie leistungsfähig und wie sozial gerecht ist denn ein politisches und wirtschaftliches und gesellschaftliches System wirklich, das in eine Finanzierungsfalle geraten ist, das den Sozialstaat

rückbaut, und zwar bei den sozial Schwachen mit fühlbaren Konsequenzen, während die politische und wirtschaftliche Klasse immer wieder durch üppige Gratifikationen, Bonifikationen und Pensionen glänzt? Das verstehen viele in Deutschland nicht, und das alles greift die extreme, radikale Rechte nun einmal auf. Und natürlich sind das Dinge, die wirklich auf die politische Agenda gehören – und zwar nicht nur in der Beobachterperspektive, sondern gerade in der Perspektive von Leuten, welche diese Probleme lösen wollen.

Es schließt sich die Frage an, ob denn die Linke, ob denn die 68er, sich zusagen zu Tode gesiegt hätten, und ob, gewissermaßen in der Dialektik des politischen Kulturwandels, es nun einen schleichenden Wandel hin zur Rechten gäbe, dessen erste Anzeichen wir jetzt eben erkennen. Das führt dann zur Frage, ob denn diese Entwicklung systematisch zu Lasten der CDU gehen muß, die rechts von sich eine stabile Partei entstehen sieht, wie das zur Linken ja bereits der SPD mit den Grünen und in den neuen Bundesländern mit der PDS widerfahren ist. Natürlich hätte das Konsequenzen für strukturelle Mehrheitsfähigkeit und Koalitionsfähigkeit der Union. Und es schließt sich natürlich weiter die Frage an, ob denn die künftigen politischen Probleme, die nun einmal auf der Tagesordnung stehen, eine so beschriebene Entwicklung nicht weiter beförderten: Integrationsprobleme unserer im deutschen Anteil schrumpfenden Zuwanderungsgesellschaft mit gewaltigen Herausforderungen für die ja schon entstandene multikulturelle Gesellschaft; Fiskal- und Wirtschaftsprobleme samt Rückbau des Sozialstaates, wobei sich das soziale Thema mit dem nationalen Thema verbindet. Letzteres hat die sächsische NPD im Landtagswahlkampf wirkungsvoll praktiziert, und welche Brisanz die Verbindung des Nationalen mit dem Sozialen überhaupt entfalten kann, weiß ein jeder, der die Geschichte der Weimarer Republik bedenkt.

Obendrein steht die Debatte um den Beitritt der Türkei in die Europäische Union auf der Tagesordnung, ist verbunden mit einer immer wieder abgewürgten Debatte um eine Veränderung des Charakters und der Finalität der Europäischen Union und kann der radikalen Rechten vorzügliches Argumentationsfutter bieten. Und zugleich gibt es eine große, überaus bemerkenswerte Hilflosigkeit der CDU beim Umgang mit nationalen Themen und bei Angriffen auf die Union und ihre Repräsentanten, sobald es um nationale Themen geht. Zu den Folgen gehört, dass bei gar nicht wenigen im Volk die Vorstellung sich ausbreitet, die eigentliche Alternative zur Linken müsse anderswo gesucht werden als bei der CDU. Abschließend fragt so mancher, ob denn unser politisches System nicht tatsächlich an den Grenzen seiner institutionellen Leistungsfähigkeit arbeite, so dass die Überlegung doch ganz illegitim sei, dass dieses System wirklich kein gutes wäre und entweder einer Totalrevision oder einer Abwicklung unterzogen werden müsse.

Diesen Fragen will ich im folgenden nachgehen. Ich will zunächst einige Merkmale deutscher politischer Kultur behandeln, die mir für die derzeitige Attraktivität der Rechten belangvoll zu sein scheinen. Dann will ich einiges darüber sagen, warum denn wohl die Rechtsradikalen gerade in den neuen Bundesländern eine spezifische Attraktivität entfalten. Enden will ich mit einigen Bemerkungen über jene Herausforderungen, die sich aus all dem wohl für die CDU ergeben, und wie die CDU mit diesen Herausforderungen umgehen sollte.

II. Drei Probleme deutscher politischer Kultur

Drei Merkmale der deutschen politischen Kultur will ich ansprechen. Erstens: Eine ungesunde Haltung zur eigenen Nation. Zweitens: Versuche, unsere Gesellschaft mutwillig und mit ethischer Arroganz in eine andere Richtung zu treiben, als diese Gesellschaft zu gehen oder sich zumuten zu lassen bereit ist. Drittens: Erhebliche Enttäuschung über das Ende politi-

scher Illusionen. Diese drei Dinge scheinen mir für die derzeitige Attraktivität der Rechten ausschlaggebend zu sein.

Beginnen wir mit der ungesunden Haltung zur eigenen Nation. Es steht außer Zweifel, dass unsere Nation extrem traumatisiert ist. Die deutschen Geschichtsdramen des 20. Jahrhunderts kann ein Volk bestimmt nicht ohne tiefe seelische Beschädigungen überstehen. Denken Sie an den Ersten Weltkrieg: Da stürzt eine Nation mit dem Selbstbewußtsein der heutigen amerikanischen Nation, führend in so gut wie jeder Hinsicht, in kurzer Zeit vom Gipfel und darf anschließend, im Versailler Vertrag, auch noch die Alleinschuld am Krieg auf sich nehmen. Dann vernichten Inflation und Währungsschnitt die ökonomischen Grundlagen des deutschen Bürgertums. Es kommen der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg mit ihren Mehrfachkatastrophen: Die moralische Katastrophe dieser Diktatur samt ihrem Völkermord und Angriffskrieg; die gesellschaftliche Katastrophe der Kriegstoten, deren Können der Gesellschaft fortan fehlte; und die Zerstörungen Deutschlands, wo mit der alten Architektur der deutschen Städte auch ein großer Teil, sozusagen, der deutschen Seele verschwunden ist. Obendrein noch die Verkleinerung und die Spaltung des Landes.

Das hält wirklich keine Nation unbeschädigt aus. In der Unfähigkeit, das alles zu betauern, und in der dann entstehenden Unwirtlichkeit unserer Städte zeigte sich, nach innen wie nach außen gewendet, der Schaden, den diese Nation genommen hat. Es gab ja auch keinen sonderlich guten Heilungsprozess, konnte ihn angesichts solcher Verheerungen wohl auch nicht geben. Pragmatischem Vergessenlassen in der Nachkriegszeit folgte eine normative Ungleichgewichtigkeit des Trauerns seit den 1970er Jahren: Sehr wohl betrauert werden durften, und zwar mit allem Recht, die Opfer Deutschlands; doch als unanständig galt es, Deutsche oder Deutschland als Opfer zu betauern. Es folgte der Versuch, diese ganze schmerzliche

Tragik, diese ganze belastende Thematik loszuwerden, indem man von der Nation loszukommen versuchte.

Man kommt, so die Hoffnung, von der Nation los im Rahmen des europäischen Einigungswerkes: Man ist Bayer oder Rheinländer und dann noch Europäer – die Nation aber braucht es nicht mehr. Oder man versucht es über den Verfassungspatriotismus: Ein deutscher Patriot identifiziert sich mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung; die Nation selbst aber ist etwas historisch Zufälliges, denn man könnte genauso gut Franzose oder Amerikaner sein, weswegen Deutscher zu sein irrelevant ist; und also meint deutsch zu sein nur noch das Bekenntnis zur fdGO und die Beherrschung der deutschen Sprache. Und im multikulturellen Postnationalismus geht ohnehin die Nation auf: So wird die multikulturelle Gesellschaft zur endgültigen Überwindung des Grundes, warum man als Deutscher an Deutschland leiden könnte. Das Problem ist nur: Das alles funktioniert nicht, und seit der Wiedervereinigung wird das erst recht offenkundig. Was aber geblieben ist und weiter betrieben wird, ist eine Polarisierung der Gesellschaft hinsichtlich dieser Wunde und hinsichtlich der – gescheiterten – Therapie dieser Wunde.

Auf der einen Seite haben wir die Mahner und die Warner, gesellschaftlich hoch angesehen und ethisch sehr lobenswert. Wir haben, schon weniger lobenswert, die Polizisten des politisch Korrekten und die Verwender von Moralkeulen. Und wir haben, auf der anderen Seite, trotzige und verklemmte Revoltierende gegen diese hegemoniale Kultur von Mahnern, Warnern, Polizisten und Moralkeulenschwingern. Zwischen diesen beiden Lagern haben wir eine verunsicherte, für den Mittelweg weder vom Wissen noch von der Argumentationskompetenz her sonderlich gewappnete Mehrheit, die einfach hofft, dass von alleine alles wieder normal würde. Und wer sich von dieser Mittelschicht aus in den argumentativen Kampf der Lager einmisch, tut das oft mit einer gewissen Leichtfertigkeit und nimmt auf

diesem geschichtspolitischen Minenfeld eher Schaden, als dass er etwas zum Besseren wendete.

In diesem Soziotop geht die Rechte nun auf Seelenfang. Hier werden auch die großen Abwehrschlachten gegen die Rechte geschlagen und werden Exempel statuiert – wie die Walser-Affäre oder die Hohmann-Affäre. Und genau in diesem Minenfeld steht nun einmal die CDU, denn sie ist der Thematik von Vaterland und Nation auch emotional zugeneigt. Allerdings kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass jene, die sich aus der Union solcher Themen annehmen, entweder die eigenen Reihen überfordern, wie von Weizsäcker in seiner berühmten Bundestagsrede 1985, oder dass sie nicht gut gewappnet auf dieses Schlachtfeld gehen und oft mehr Schaden als Nutzen stiften.

Ich will nun vom einem zweiten Merkmal unserer politischen Kultur sprechen, das es den Rechten derzeit möglich macht, Platzgewinne zu erzielen: Es geht um Versuche, unserer Gesellschaft voller Mutwillen und ethischem Übermut mehr Dinge zuzumuten, als sie zu tragen bereit ist, was die schweigende Mehrheit provoziert und Teile von ihr den rechten Rattenfängern in die Hände treibt. Etwa wird von Deutschen das Eingeständnis verlangt, dass es in Deutschland keinerlei besonders schätzenswerte oder gar bemerkenswerte deutsche Kultur gäbe. Die einzigen Ausnahmen: Existenz einer ja wirklich lobenswerten Verfassungsordnung sowie der deutschen Sprache. Wer also die freiheitlich demokratische Grundordnung schätzt und Deutsch spricht, ist ein Deutscher; mehr an kultureller Zugehörigkeit aber braucht und gibt es nicht. Obendrein soll die deutsche Gesellschaft akzeptieren, dass es überhaupt keinen guten Grund gibt, ansonsten noch aus früheren Zeiten übernommene Lebensformen und Lebenswelten in Deutschland zu bewahren. Und selbst wenn es über die freiheitliche demokratische Grundordnung und deutsche Sprache hinaus so etwas wie eine deutsche Kultur geben sollte, dann könne oder dürfe sie doch niemals eine

Leitkultur in diesem Lande sein! Bundespräsident Rau hat die Sache auch noch absichtsvoll missverstanden und betont, die deutsche Kultur solle doch wohl keine Leitkultur für Europa sein. Andere verkleinerten diese überflüssige Mahnung aufs deutsche Maß und bemerkten, auch in Deutschland habe man ja schlechte Erfahrungen damit gemacht, deutsche Kultur als Leitkultur für Minderheiten in diesem Lande zu behandeln. In der Perspektive dieses Arguments soll die deutsche Gesellschaft nicht nur akzeptieren, dass eingewandert wird, sondern auch noch, dass Einwanderung sich vor allem auf der Grundlage des Wunsches von Einwanderern, weniger aber des Einwanderungslandes vollzieht; und obendrein wird verlangt, dass man sich darüber keine Sorgen macht, sondern alles einfach als eine Bereicherung auffasst. Das verdichtet sich dann gar noch im Schlagwort „Lasst uns mit diesen Deutschen nicht allein!“ – denn ohne Zuwanderung ist es in unserem Vaterland unerträglich, weil wir dann ja lauter Deutsche sind, und wohin das führt, das hat die deutsche Geschichte ja gezeigt. Abrundend wird der deutschen Gesellschaft noch zugemutet, dass sie Toleranz in Bezug auf so ziemlich alles üben solle, mit freilich zwei Ausnahmen: Keine Toleranz gegenüber jenen, die sich klar zu christlichen Grundwerten bekennen, und keine Toleranz gegenüber jenen, die Deutschland einfach als Deutschland möchten.

Ferner sollen es die Deutschen hinnehmen, dass der Sozialstaat zurückgebaut wird, während die wirtschaftliche und politische Klasse oft mit allerbestem Gewissen vorlebt, dass Wein doch wirklich besser als Wasser ist. Sie alle kennen die Fälle von Esser/Mannesmann und Laurenz Meyer/CDU. Da wurde angeblich von der Bevölkerung nicht verstanden, um welche Verdienste es jeweils ging. Mir will hingegen scheinen, dass die Bevölkerung sehr gut verstanden hat, worum es da ging, es aber einfach nicht akzeptierte. Dennoch wird ihr solches Elitenverhalten zugemutet, und zwar oft von den gleichen Leuten, die mit überzeugenden Argumenten in

der Sache, aber dann eben hohl klingender Rhetorik, zum Rückbau des Sozialstaates aufrufen.

Was ist die Folge aller dieser Zumutungen? Erstens: der weitverbreitete Eindruck, dass unser Gemeinwesen voller Mutwillen auf einen Weg gebracht sei, der einfach als falsch empfunden wird. Zweitens: dass unsere Eliten das einfache Volk verachten und im Stich lassen. Und drittens: dass folglich eine Alternative zum bestehenden System und eine Alternative zu seinen Trägern wünschenswert sei. Und wenn es schon nicht ganz ernst gemeint ist mit einer echten Alternative, so ist doch der weitverbreitete Eindruck der, es könne nicht verkehrt sein, der politischen Klasse ein wenig Angst einzujagen.

Das gelingt zur Zeit aber nicht mit dem Wählen der Linken: Seit langen Jahren amtiert eine linke Bundesregierung, der Kommunismus ist inzwischen öffentlich diskreditiert, und die PDS hat auch nichts furchteinflößend Revolutionäres mehr an sich. Also sucht man zum Drohen eine Alternative auf der rechten Seite.

Drittes Element unserer politischen Kultur ist die Enttäuschung über das Ende politischer Illusionen. Es gab gewaltige Versprechen des aufblühenden Wohlfahrtsstaates der Nachkriegszeit, und sie wurden auch eingehalten. Gerade die 1960er und 1970er Jahre waren eine Zeit, in welcher die Vorstellung da war, wenn man nur wollte, könne man wirklich alle Probleme lösen: Gesellschaftlicher Reichtum sei verfügbar und müsse nur richtig eingesetzt werden. Letztlich führte das zu einem staatlichen Verantwortungsimperialismus und äußerte sich, unter anderem, im engagierten Ausbau unseres Sozialstaates.

Dabei wurde obendrein gepflegt, was man Politikillusion nennen kann. Man kann sie auf die Formel bringen: Wenn nur die Richtigen regieren, ist alles möglich und wird alles gut. Das hören die Deutschen seit Jahrzehnten,

sehen aber immer klarer, dass durchaus nicht alle Probleme beseitigt werden, nur wenn die Regierung wechselt. Vor diesem Hintergrund nimmt man dann einige Fakten zur Kenntnis und wird enttäuscht: Ende der Prosperität, schleichend beginnend mit den Ölpreiskrisen der 1970er Jahre; eine schon in den 1960ern langsam einsetzende Staatsverschuldung mit einer drastischen Einengung der Spielräume staatlichen Handelns; die unbedachten Nebenwirkungen der Hypotrophie unseres Sozialstaates; die Nachwiedervereinigungsdepression. Die demoskopischen Daten zeigen: Nach 1991 sinkt alles sozusagen in den Keller, die Zufriedenheit mit dem politischen System, das Systemvertrauen, das Politikeransehen. Damals wurde auch das Schlagwort von der Politikverdrossenheit aktuell und prägt bis heute die Erinnerung an die Jahre nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes.

Hinzu kommt die Wahrnehmung der Globalisierung und ihrer Folgen: Wirtschaftlicher Anpassungsdruck und Entstaatlichung, folglich auch Entdemokratisierung wichtiger gesellschaftlicher Gestaltungsbereiche. Denn wo die Zuständigkeit für die Rahmenbedingungen unseres Lebens auf die europäische Ebene oder in den Rahmen der Welthandelsorganisation abgewandelt ist, dort gelangt Demokratie im nationalstaatlichen Rahmen an ihre Grenzen. Das merken die Bürger auch und vermuten, Politiker würden das Volk nicht richtig aufklären, agierten nicht auf der Höhe der Zeit, und das ganze System funktioniere nicht mehr richtig.

Nach der Enttäuschung über die Linke fördert das alles natürlich die Attraktivität derer, die eine einfache rechte Alternative in Aussicht stellen. In Ostdeutschland ist die rechte Alternative aus verschiedenen Gründen besonders attraktiv und macht sich, aufgrund der Volatilität ostdeutschen Wahlverhaltens, auch besonders stark bemerkbar. Erstens wirkt in den neuen Bundesländern der bis 1989 recht ungebrochen bestehende deutsche Autoritarismus nach: Keine Erfahrung in freiheitlicher Demokratie, keine

Folgen der positiven Seiten der 68er Revolution. Zweitens fehlt eine Bürgerkultur und fehlen jene Eliten, die eine Bürgerkultur tragen könnten. Die Flucht aus der sowjetischen Besatzungszone und aus der DDR führte dazu, dass aktive Bürger und ihre Nachkommen, die entsprechend sozialisiert worden wären, der Gesellschaft einfach verlorengingen. Obendrein vertrocknete die bürgerliche Gesellschaft unter den Bedingungen des Sozialismus. Es übersiedelten nach der Wiedervereinigung viele Leistungswillige aus dem Osten in den Westen und machten dort auch ihren Weg. Zwar gingen auch sehr viele vom Westen in den Osten. Doch es gibt durchaus Aversionen gegen Westdeutsche in den neuen Ländern, selbst wenn sie dort auch ganz wesentlich zum Aufbau einer neuen bürgerlichen Gesellschaft mit beitragen.

Drittens gab es in der DDR eine viel zu billige Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Es genügte oft, sich im neuen System als Antinazi zu etikettieren, woraufhin man sämtliche Attitüden totalitärer Prägung beibehalten und im Kampf gegen politische Bürgerlichkeit anwenden konnte.

Aus allen diesen Gründen ist die Demokratie in den neuen Bundesländern mental unzureichend verankert. Die Vorstellung von Demokratie ist auch in ganz andere Kontexte eingebettet als im Westen. Demoskopische Umfragen zeigen: Demokratie klingt Westdeutschen sehr stark nach persönlicher Freiheit und nach persönlicher Verantwortung, Ostdeutschen aber sehr stark nach sozialer Sicherheit, sicherem Arbeitsplatz und sozialer Gleichheit. Genau diese Dinge gehen in einer freiheitlichen Gesellschaft aber mit Demokratie nicht notwendigerweise einher. Im Gegenteil: Dergleichen schwand nach der Wiedervereinigung dahin. Hinzu kommt, dass es in den neuen Bundesländern bei gar nicht wenigen Bürgern eine geistige, eine seelische Äquidistanz zum System der DDR und zum System der Bundesrepublik Deutschland gibt. Das alte System war nicht zufriedenstellend – und vom neuen gilt: „So was richtig Gutes ist es nicht geworden.“ Das System

wäre nämlich übergestülpt worden, von zwar wohlmeinenden, aber die Sache eigentlich nicht so richtig begreifenden Besserwessis. Folglich gibt es in den neuen Bundesländern eine viel geringere Bereitschaft als im Westen, unsere Demokratie als etwas Schätzenswertes und Verteidigungswertes anzusehen. Also gibt es auch geringere Grade politischer Beteiligung. Das alles zeigen demoskopische Umfragen immer wieder.

III. Herausforderungen – gerade für die CDU

Was machen wir in dieser Lage? Die CDU hat hier eine besondere Aufgabe: Sie ist jene Partei, die von der politischen Mitte bis zum rechten Rand die Bevölkerung vertritt und darum aufgerufen ist, von der Mitte bis zum rechten Rand alles zu integrieren. Tut sie das nicht, so muß die CDU rechts von sich eine demokratisch legitimierte und halbwegs wählerstarke Partei akzeptieren. Genau das ist die Wahl. Auf sie gibt es eine falsche Reaktion. Sie besteht in der Rückfrage: „Sollen wir uns jetzt hinstellen und rechtsradikale Parolen brüllen?“ Das zu vermuten hieße wirklich, die Aufgabe zu verkennen.

Der richtige Weg sieht so aus: Zunächst einmal ist ernst zu nehmen, dass die Wählerschaft der Rechten nicht nur aus Protestwählern besteht. Es ist vielmehr als Tatsache zu akzeptieren, dass die Anhängerschaft der Rechten zu einem nennenswerten Teil aus Leuten besteht, denen unser politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches System als wenig leistungsfähig, als verächtlich, als zu überwinden gilt. Hierzu hat auch die langjährige Antisystempropaganda, insbesondere der PDS, in den neuen Bundesländern beigetragen. Wir haben ferner zur Kenntnis zu nehmen, dass vielen in Deutschland, aufgrund des gescheiterten Verbotsverfahrens, die NPD als ganz normale Partei gilt. Und wir haben zu akzeptieren, dass sich die Abgeordneten der Rechten zunehmend bemühen, in den Parlamenten Renommierlichkeit vorzuzeigen. Aus alledem folgt, dass es beim Kampf

dagegen, dass Deutschland den Rechten in die Hände fällt, um eine zumindest mittelfristige Aufgabe geht.

Wie läßt sie sich erfüllen? Erstens muß man die Themen ernst nehmen, derentwegen die Rechte derzeit und wahrscheinlich auch in Zukunft Anklang findet. Über solche Themen habe ich ausführlich gesprochen. Zweitens muß man die Rechte immer wieder mit zwei Fragen konfrontieren. Zum einen: Wie hält man es mit Gewalt in ihren verschiedenen Erscheinungsformen? Zum anderen: Wie hält man es mit dem Recht auf Anderssein? Das wird ganz konkret dort, wo man fragt: Wie haltet Ihr es damit, dass man politisch ganz anderer Meinung ist als Ihr? Wie haltet Ihr es mit dem Recht auf kulturelles Anderssein? Und wie haltet Ihr es denn damit, dass es auch schwarze Deutsche gibt – keine politisch Schwarzen, sondern richtige Schwarze? Das sind so klare Fragen, dass es klare Antworten oder aber Ausflüchte geben wird. Klare Antworten muß man dann einerseits konfrontieren mit dem tatsächlichen Handeln der Rechten: Ist das, was bekundet wird, dasselbe wie das, was getan wird? Anderenteils muß man klare Antworten den normativen Grundlagen unseres Systems und seinen Wertmaßstäben gegenüberstellen und dann ebenso klar sagen, was da alles ethisch schlecht ist. Das aber verlangt Kompetenz und Angriffslust, kein Unterschätzen des Gegners, kein Dahinlaufenlassen. Ob solche Kompetenz und Angriffslust in dieser Partei schon gut genug entfaltet sind, beantworte jeder selbst.

Obendrein muss der Kampf gegen rechts in zwei Sprachen geführt werden, die aber gut ineinander übersetzt werden müssen. Einesteils muss man den Kampf gegen die Rechten in der Sprache des einfachen Volkes, in der Sprache der rechten Wählerschaft führen. Andernteils muss man den Kampf gegen rechts aber auch in der Sprache der Intellektuellen, der Sprache der Linken führen, denn die überwiegend linken Intellektuellen sind nun einmal die Schleusenwärter des öffentlichen Diskurses und somit jene,

welche die Kontexte definieren, in denen Äußerungen von CDU-Politikern wahrgenommen werden. Diese zwei völlig verschiedenen Sprachregister müssen wiederum so miteinander verbunden sein, dass man nie der CDU den Vorwurf machen kann, sie redete mit gespaltener Zunge. Das ist nun aber eine echte intellektuelle Herausforderung.

Hier freilich fällt der CDU ihre so oft auch bewusst zur Schau gestellte Geringschätzung von Intellektuellen und des Intellektuellen auf die Füße. Man hat das einmal so formuliert: Die CDU sei nicht nur eine unintellektuelle Partei, sondern sie sei sogar noch stolz darauf, unintellektuell zu sein! Das aber ist nicht heilsam für diese Partei, und den Kampf gegen die Rechte wird man so nicht gewinnen. Eher wird die Linke die Sache so hinstellen, als ginge die CDU, weil sie selbst dumpf sei, auf Stimmenfang im braunen Gewässer. Das aber wird der Partei nicht gut tun.

Welche Inhalte muß die CDU nun aber vertreten, um im Kampf gegen eine Entwicklung nach rechts zu bestehen und das Land auf einem Kurs der Mitte zu halten? Mir scheinen das drei Dinge zu sein. Erstens muß die CDU glaubwürdig sein als eine Partei, die nachweislich Politik für die kleinen Leute macht und im Dienst der sozialen Gerechtigkeit steht. Eine Partei also, für die Wirtschafts- und Finanzpolitik Mittel zum Zweck der Herstellung sozialer Gerechtigkeit, aber keineswegs Selbstzweck sind. Nun kann man lange darüber debattieren, ob der Begriff der sozialen Gerechtigkeit ein vernünftiger Begriff sei. Es gibt ernstzunehmende Argumente, deren Pointe darauf hinausläuft, dass das Gerechte nicht sozial, das Soziale aber nicht gerecht sei. Wichtiger aber ist, dass der Begriff der sozialen Gerechtigkeit ein gut eingeführter Begriff der politischen Sprache ist. Wer diesen Begriff benutzt, macht Punkte, und wer ihn nicht benutzt, macht eben keine Punkte. Also ist es eine Fahrlässigkeit, ein Versäumnis, ein Fehler der CDU, diesen Begriff der politischen Konkurrenz zu überlassen. Gerade die CDU muss eine Partei der sozialen Gerechtigkeit sein, ihre

Finanz- und Wirtschaftspolitik der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit dienen – denn die Schwungmasse der Wähler der CDU sind kleine Leute. Bei genau diesen ist die NPD in Sachsen eingebrochen und ein zentrales Wählerpotential der CDU eingedrungen.

Zweitens muss die CDU zeigen, dass sie wirklich konstruktive und zukunftssträchtige Antworten auf die Frage hat, wie man mit der schon entstandenen multikulturellen Gesellschaft Deutschlands umgehen soll. Doch ob diese Partei hier gute Antworten hat und auch gut kommuniziert, ist durchaus zu bezweifeln. Mir scheint, dass eine schlüssige Positionierung beim Thema „deutscher Patriotismus“ hier den richtigen Weg weisen könnte.

Wir sollten nämlich in der gleichen Weise wie Amerikaner über die Zuwanderung und Integration nachdenken. Das meint: Gerade wer seine eigene Kultur schätzt, sich bewusst anverwandelt, sie auch im Generationenwechsel gerne weitergibt, der wird, von ihrem Wert überzeugt, sie in der Regel auch mit anderen teilen wollen. Amerikaner sind tatsächlich stolz darauf, ihre Kultur mit Zuwanderern teilen zu können! Wenn das aber so ist, dann heißt Integration wesentlich mehr als ein ungestörtes Zusammenleben mit gemeinsamer Sprache und unter einer gemeinsamen Rechtsordnung. Integration heißt dann vielmehr auch, andere, die in ein Land kommen, gerne teilhaben zu lassen an dem, was man selbst als wertvoll erfahren hat, für wertvoll hält und darum als wertvoll weitergibt. Das wiederum eröffnet einen ganz anderen Blickwinkel auf eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland. Der herrschende Diskurs will die Sache so hinstellen, dass die Deutschen sich ganz einfach bereichern, wenn andere Kulturen zu ihnen kommen. Das ist nicht falsch. Doch es fehlt etwas, was ein jeder auch fühlt, nämlich: Die deutsche Kultur macht auch die Zuwanderer reicher. Dass Menschen, dass Völkerschaften etwas Wertvolles für sich gewinnen, wenn sie sich die Kultur ihrer neuen Heimat anverwandeln: So

denken Amerikaner über die Einwanderer in ihr Land nach – wir Deutsche aber nicht. Wir behaupten lieber: Nur Deutschland wird bereichert, wenn eine multikulturelle Gesellschaft entsteht – oder wir Deutschen bleiben kulturell arm mit unserer angeblich ohnehin nicht vorhandenen deutschen Kultur, wenn es keine Zuwanderung gibt. Genau das Konstruktive also fehlt.

Drittens muss die CDU eine Partei des deutschen Patriotismus sein. Was soll das heißen? Mir scheint, dass drei Elemente deutschen Patriotismus ausmachen.

Erstens: Eine offen bekundete und auch praktizierte Liebe zur Heimat und zum Vaterland. Freilich darf das dann keine Phrase sein: Es muß schon in der politischen Programmatik und Praxis klar werden, dass die Politik der CDU für das Land und seine Leute wirklich Gutes bewirkt.

Zweitens braucht es eine offen bekundete und allem politischen Handeln zugrunde gelegte Liebe zu jener politischen Ordnungsform, die Deutschland unter allen Staatsformen, die dieses Land je versuchte, nun wirklich am besten bekommen ist: Die freiheitliche demokratische Ordnung, also praktizierte pluralistische Demokratie auf der Grundlage einer ganz fraglosen Achtung von Bürger- und Menschenrechten. Also muss ist deutscher Patriotismus immer ein am Grundgesetz orientierter Verfassungspatriotismus sein. Verfassungspatriotismus ist somit kein „linker“ Gegenbegriff zum deutschen Patriotismus, sondern dessen wesentlicher Bestandteil. Gerade unter der freiheitlichen Ordnung des Grundgesetzes ist nämlich gelungen, was die Nationalhymne ausdrückt: „Blüh im Glanze dieses Glückes, deutsches Vaterland!“ Dieses Glück von Einigkeit und Recht und Freiheit ist genau unsere freiheitliche demokratische Ordnung, und im Glanze dieses Glückes ist Deutschland ja wirklich aufgeblüht.

Drittes Element eines deutschen Patriotismus muss politisches Handeln und Sprechen aus einem Gesamtverständnis der deutschen Geschichte und ihrer

Lehren sein. Deutschland ist wirklich viel mehr als jene zwölf Jahre der NS-Diktatur, was die Rechtsradikalen dauernd mit Recht betonen. Deutschland ist ja auch mehr als die fünfzig Jahre der kommunistischen Diktatur. Beides gehört aber eben auch zur deutschen Geschichte, und zwar ohne dass ihr ganzer Rest lediglich eine Vorgeschichte des Nationalsozialismus oder eine büßend-sühnende Nachgeschichte der nationalsozialistischen Verbrechen wäre. Hier muss es aber völlige Klarheit nicht nur in der inneren Überzeugung geben, sondern auch in der öffentlichen Argumentation, und zwar in dreierlei Hinsicht.

Erstens gibt es überhaupt keine Rechtfertigung oder Relativierung für die Verbrechen des Nationalsozialismus, die ja mit der Unterdrückung des deutschen Volkes begonnen haben und sich dann über Angriffskrieg und Völkermord weiter entsetzlich verbreitet haben. Es muss auch völlig klar sein, im öffentlichen Reden ebenso wie in der persönlichen Überzeugung, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht deswegen kleiner oder belanglos werden, weil sie nunmehr schon so lange zurückliegen, weil keiner, der heute Verantwortung trägt, an ihnen schuld ist, oder weil die Kommunisten, wie im Schwarzbuch des Kommunismus nachzulesen ist, noch viel mehr Millionen Menschen auf dem Gewissen haben als die Nazis. Das alles macht die Nazi-Verbrechen nicht kleiner. Genau so muss man es auch immer wieder sagen, und zwar auch deshalb, weil sonst die Linke die CDU in die braune Ecke stellt.

Es gibt zweitens keinerlei Grund, nicht traurig zu sein und Trauer zu bekunden über das, was Deutschland aufgrund der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus selbst widerfahren ist: Von der Verarmung seiner Kultur durch die Vertreibung und Vernichtung insbesondere auch der jüdischen Deutschen über die vielen Kriegsoffer an der Front und in der Heimat sowie über die Zerstörung der deutschen Städte bis zur Vertreibung so vieler Deutscher aus ihren angestammten Heimaten in Mittel- und Osteuro-

pa, bis zur Abtrennung eines großen Teils des alten Deutschland von seiner jetzigen und auch künftigen Gestalt, und bis zur Spaltung unseres Landes und deren schlimmen Folgen. Über all das kann ein deutscher Patriot traurig sein, und über diese Trauer soll er auch reden. Die Unfähigkeit zu trauern, auch öffentlich zu trauern über Deutschland, ist nämlich einer der Gründe dafür, warum es so verklemmte Beziehungen der Deutschen zu ihrem eigenen Lande gibt.

Drittens ist es eine Aufgabe von Angehörigen und Politikern, gerade der CDU, diese beiden Gruppen von geschichtlichen Tatsachen in ihren Beziehungen und in ihrer Kausalität vor Augen zu führen: Was den Deutschen an Unrecht geschehen ist, ist Folge des Unrechts, das die Nazis getan haben, tut aber nicht aus diesem Grunde weniger weh und ist auch nicht weniger zu betrauern. CDU-Politiker haben sich hier besonders großen Ansprüchen an ihr Reden über Geschichte und an die von ihnen gezogenen historischen Vergleiche zu stellen: Einesteils stehen gerade sie unter besonderer Beobachtung, und andernteils haben sie viel bessere Chancen als die Linken, solche Leute wieder für einen gesunden deutschen Patriotismus zu gewinnen, die ansonsten den Rechtsradikalen nachlaufen.

Insgesamt kann deutscher Patriotismus nie wieder so flach sein, wie er früher einmal war oder wie Patriotismus in anderen, selbst unzweifelhaft freiheitlichen Staaten zu sein pflegt. Deutscher Patriotismus muss vielmehr komplex sein: Er muß beinhalten Zufriedenheit mit den wunderbaren Seiten der deutschen Geschichte, auch Stolz auf sie. Er muss beinhalten eine völlige klare und mit klaren Gründen vollzogene Distanzierung von all den Verbrechen, mit denen deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert so übervoll war. Ferner gehört zu deutschem Patriotismus die tätige Sorge für unser freiheitliches Gemeinwesen, und zwar gerade auch in Form von Reformwilligkeit.

Bedenken Sie: Der wahre Konservative ist ein Reformier! Und unser Land braucht ja wirklich tiefgreifende Reformen: Bei der Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, bei der Familienpolitik, und bei der Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Wenn das alles zu verbinden gelingt, dann muss einem nicht bange sein davor, ob die CDU ihre bisherige Integrationsaufgabe von der Mitte der Gesellschaft bis zum rechten Rand auch in Zukunft gut erfüllen kann. Denn: Eine CDU, die sich offen als reformorientierte Partei deutscher Patrioten zu erkennen gibt, ist das beste Heilmittel gegen Entwicklungen unserer politischen Kultur nach rechts! ■

Extremisten im Parlament: heute Sachsen, morgen Deutschland?

Matthias Rößler

Gleich am Anfang sei klargestellt, als Politiker macht mich nicht die Entwicklung nach rechts besorgt, sondern das Aufkommen der Rechtsextremisten und Rechtspopulisten. Mindestens so gefährlich von der anderen Seite ist das Auftreten der Linksextremisten und Linkspopulisten. Wir sind in einer regelrechten Zangenbewegung in Sachsen. Ich will jetzt kein Prophet sein, aber ich denke, das wird nicht das letzte Bundesland sein in nächster Zeit, wo das so ist. Auch mit Begriffen wird ja Politik gemacht, und wenn ich das im Sächsischen Landtag erlebe, dann erinnert mich das, was beispielsweise die PDS dort veranstaltet, schon ziemlich an die sogenannte Leninsche Bündnispolitik. Antifaschistische Einheitsfront, Volks-

front, gemeinsame Aktion gegen Rechts! Von allen Seiten umgeben, gerät die CDU in diese politische Falle, die ja von Rechts- oder Linksaußen gestellt wird, weil sie natürlich – und das ist ein gutes Bild – umgeben ist von diversen Gutmenschen, vom Stirnrunzeln des Superintendenten, von moralischen Keulenschwüngen, von linksliberalen Journalisten. Es ist wirklich ein Jammer, wenn man das beobachtet. Deshalb lassen Sie mich noch einmal mit einer Analyse des Wahljahres 2004 in Sachsen beginnen, auch noch die PDS beschreiben, die uns von der anderen Seite bedrängt und dann zur NPD übergehen, die erst gestern wieder unter Holger Apfel und Uwe Leichsenring eine Kostprobe ihrer politischen Programmatik in Sachsen im Landtag abgeliefert hat.

Das Jahr 2004 war kein gutes Jahr für Sachsen. Wir haben eine katastrophale Wahniederlage erlitten, 15,8% minus, so etwas hat es, glaube ich, in der Geschichte der CDU, jedenfalls in einem Flächenland, noch nie gegeben. Wir haben die Stimmen nicht etwa an PDS oder SPD im größeren Umfang verloren. Sie bleiben konstant bei einem Drittel. Das Spektrum hat sich zersplittert, heute sitzen sechs Parteien im Sächsischen Landtag. Die CDU hat Stimmen abgegeben an die NPD, es sind zum großen Teil unsere Wähler. Die NPD ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen, in den Feuerwehren, in den Sportvereinen. Sie hat uns bei jungen Menschen Wähler abgejagt und bei unserer Kernwählerschaft der Arbeiter und Handwerker. Wir haben an die FDP verloren, aber auch an viele kleine Splittergruppen, Büso (Bürgerrechtsbewegung Solidarität), Familienpartei, u.s.w.; das politische Spektrum zersplittert sich. Und nun bilden die beiden Wahlverlierer SPD und CDU eine äußerst fragile Koalition, die bisher überhaupt noch gar keinen Punkt machen konnte. Das wird natürlich genutzt. Die Ära der politischen Stabilität, die wir über viele Jahre hatten, scheint endgültig beendet zu sein. Und dabei kam die Katastrophe der Wahniederlage überhaupt nicht überraschend. Seit vielen Jahren, seit über 10 Jahren, verzehrt die CDU eigentlich ihre politische Substanz. Konzeptionell, strukturell,

aber auch finanziell. Wir haben das immer wieder intern kritisiert, aber so richtig ist nie etwas dagegen unternommen worden, und jetzt ist dieser schleichende Niedergang natürlich offen zu Tage getreten. In Sachsen oder im Osten gibt es eigentlich nur zwei Parteien, die flächendeckend vertreten sind. Das sind die PDS und die CDU. Alle anderen Parteien verfügen über keine organisatorischen Strukturen, bestenfalls punktuell.

Deshalb ist die PDS schon ein interessantes Thema für uns. Die verwandelte sich ja 1990 äußerlich, aber behielt natürlich Vermögen der SED, Mitgliedschaft und weitgehend ihren Charakter. Sie erschien und erscheint teilweise noch heute als die Partei der Funktionärskaste und der Eliten der DDR. Ihre Mitgliedschaft ist vollkommen überaltert, ein Durchschnittsalter von 68 in Sachsen, und wird dieses Jahr noch in ihrer Mitgliederzahl hinter die CDU zurückfallen, einfach aus biologischen Gründen. Aber die Mitgliedschaft ist nach wie vor kommunistisch, staatsgläubig und autoritär geprägt und duldet diszipliniert auch linkssozialistische intellektuelle Paradiesvögel in ihren Führungsetagen. Man verteidigt dort zäh die sozialen Privilegien der Kader im Rechtsstaat, agiert sozialpopulistisch als die Partei der kleinen Leute, als die Partei des Ostens und stemmt sich natürlich gegen jede Art von Reformierung der Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes. Die PDS, man kann das nachlesen im Verfassungsschutzbericht, ist in Teilen extremistisch wie die NPD auf der anderen Seite des politischen Spektrums. Sie bieten verfassungsfeindlichen Kräften, wie der kommunistischen Plattform, dem marxistischen Forum und anderen, eine Heimstadt. Trotz der pragmatischen und konstruktiven Kommunalpolitiker in Stadträten oder Kreistagen will die PDS, man kann es in der Programmatik nachlesen, das System westlicher Prägung überwinden. Darin unterscheidet sie sich nicht von den rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien und muss von uns genau so bekämpft werden. Es rächt sich natürlich jetzt, und wir spüren das auch im Sächsischen Landtag, dass bei jeder Gelegenheit versucht wird, eine Einheitsfront der demokratischen Parteien zu etablieren

unter Einschluss der PDS, was uns natürlich von der Bevölkerung so nicht abgenommen wird. Wir, d.h. die CDU, versuchen zwar, dies zu vermeiden, aber es ist äußerst kompliziert. Bisher haben wir hier kein Rezept.

Doch nun zur NPD. Die ist wie gesagt mit zwölf Abgeordneten in den Sächsischen Landtag eingezogen. Hochdiszipliniert, gut vorbereitet. Die ersten Landtagssitzungen der neuen Legislaturperiode gingen eigentlich, das muss man so sagen, zum großen Teil an die NPD. Das nimmt groteske Züge an, die gehen gemeinsam zum Essen, da wird überhaupt keiner allein gelassen. Die kriegen ihre Reden vorbereitet, die werden auch diszipliniert vorgetragen. Die sitzen alle auf ihren Plätzen, hohe Disziplin. Wenn die Schüler von oben runtergucken, wer sitzt geschlossen dort: Die NPD sitzt ihre Zeit eisern ab. Die rechtsextremen Intellektuellen Deutschlands finden sich in Sachsen zusammen und besetzen politische Themen. Die beiden Führer der NPD sind Holger Apfel, ein Ideologe, der mit überschnappender Stimme seine Reden vorträgt im Landtag, und auf der andern Seite Uwe Leichsenring, Fahrlehrer aus Königstein, bodenständig, ein NPD-Aktivist aus Sachsen, der – und das muß ich sagen – bestens präpariert ist und mit Ruhe und Gelassenheit jeden Angriff, der auf ihn gefahren wird, pariert. Der Mann ist, so würde ich ihn einschätzen, politisch äußerst gefährlich. Er heizt den sogenannten Systemparteien, wie man alle anderen Parteien in diesen Kreisen nennt, man beachte den Begriff, so richtig ein. Sie wissen ja alle, dass die NPD nach ihrem Aufstieg in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre als Sammelbecken der deutschnationalen Kräfte unter Friedrich Thießen und Adolf von Thadden galt und dann, nach der Niederlage in der Bundestagswahl 1969, vor sich hindümpelte und aus einem Landtag nach dem anderen in den alten Bundesländern, es waren damals sieben Landtage, hinausflog. Aber das waren Zeiten, wo die NPD durchaus rechtskonservative Züge hatte.

Seit diesen Zeiten hat sich die NPD geändert. Unter ihrem Vorsitzenden Günter Decker und vor allem unter Udo Voigt hat sich die Partei radikalisiert. Die sogenannten Skinheads oder auch die freien Kameradschaften wurden zumindest in Sachsen an die Partei herangeführt, und gerade die Kameradschaften sind ja ganz stark neonationalsozialistisch geprägt. Die NPD als Partei ist umgeben von einer lockeren Bewegung, wie freie Kameradschaften, wie Skinheadszone, die sehr, sehr aktiv ist. Die Strategie, die die NPD fährt, wird ja von ihr immer wieder beschrieben mit dem „Kampf um die Köpfe“. Es gab jede Menge NPD-Stände in den letzten Kommunalwahlen und Landtagswahlen. Dann kommt die nächste Säule der Strategie „Kampf um die Straße“, um die Hegemonie in ganz bestimmten Regionen. Dann kommt neuerdings „Kampf um die Wähler“, das hat man im Wahlkampf deutlich gemerkt. Und neuerdings versucht ja Voigt, als vierte Säule, den „Kampf um den organisierten Willen“ hinzu zu fügen. Es geht also darum, dass man auch ein Zusammenführen der rechtsextremen Parteien versucht. Der Einzug in den Saarländischen Landtag ist ja ganz knapp gescheitert mit 4%. Hätte es nicht die charismatische Person des Spitzenkandidaten und Ministerpräsidenten Peter Müller gegeben, weiß ich nicht, ob es bei den 4% geblieben wäre.

In Sachsen gelang der Einzug mit 9,2% in einer Protestwahl, die voll auf den Verdruss der Menschen setzte. Mit einer Materialschlacht, wie man sie sich nicht vorstellen kann. Ich habe ja selber plakatiert mit meinen Söhnen und meinen Freunden in der Landtagswahl. Überall gab es eigentlich nur Plakate von der NPD in meinem Wahlkreis und meine von der CDU. Überall „Schnauze voll“, „Grenzen dicht“. Und überall Holger Apfel mit einfachen Parolen. Und ich weiß, dass es gerade bei jungen Menschen schon lange brodelt. Ich habe im Kabinett gewarnt, die Leute von der Wahl der Rechtsextremen durch Protestaufrufe abzuhalten. Wenn sie eine Woche vor der Wahl die Zeitung aufmachen und da guckt sie ein saturierter Unternehmer an, der Chef des Opernhauses, ein Bischof und andere Etablierte,

wirkt dies kontraproduktiv auf die, die keine Lehrstellen oder Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Dann wissen sie aber, wie sie es denen zeigen können: „Schnauze voll“, „Protestwählen“, und eine Woche vor der Wahl wissen sie, denen zeigen wir es! Die haben vor den Wahllokalen Schlange gestanden, die jungen Leute, die NPD gewählt haben bei uns in der Gegend, auf den Dörfern. Und es sind nicht etwa irgendwelche Randgruppen, sondern Leute, die Angst haben vor Veränderungen, die haben Angst vor dem, was wir immer predigen, Angst vor diesen Reformen, die immer auf ihre Kosten gehen. Die wollen es der etablierten Politik einfach zeigen.

Wir haben also auch ein Vermittlungsproblem. Auf diese Leute müssen wir wieder zugehen: Unsere früheren Wähler, Handwerker, Arbeiter, junge Leute. Im Großstadtmilieu, wo wir auch in Sachsen inzwischen dasselbe Wahlverhalten haben wie in den alten Bundesländern, wo die Zahnarztgattin, wo die Gattin vom Bankdirektor ohnehin Grün wählt. Ich habe bei Veranstaltungen diskutiert über Arbeitslosigkeit und wurde gefragt, ob wir nicht andere Probleme weltweit sehen als die Arbeitslosigkeit, es gäbe ja viel wichtigere Dinge. Die haben keine Probleme wie die sogenannten kleinen Leute. Aber, wir können, wir müssen unsere Kommunikation mit der Bevölkerung verbessern.

Ob es den Rechtsextremen wirklich gelingt, eine Volksfront von Rechts zu etablieren, die Voigt und Gerhard Frey jetzt vorhaben, das wird man sehen. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass gerade die Führer dieser rechtsextremen Parteien miteinander große Konflikte austragen, ihre Egozentrik ist ja sprichwörtlich, und auch die Unstetigkeit der an Wanderdünen erinnernden Protestwähler muss man mit ins Kalkül ziehen. Wir werden sehen, ob es ihnen gelingt bis zur Bundestagswahl wirklich das rechtsextreme Bündnis, das sie haben, zu stabilisieren. Wenn wir verhindern wollen, dass die NPD oder eine entsprechende Liste in den Bundestag einzieht, sollten wir aus den Fehlern, die wir in Sachsen gemacht haben, wirklich lernen. Uns

hilft überhaupt nicht, ununterbrochen diesen Aufstand der Anständigen zu inszenieren. Daran ist eigentlich schon, wenn man ehrlich ist, das Verbotverfahren gescheitert. Das Verbotverfahren der NPD wurde vorangetrieben mit allen Mitteln, obwohl es sicher Bedenken gab und genaue Kenntnisse, dass die V-Leute, die vom Verfassungsschutz dort untergebracht waren. Aber durch das Scheitern des Verbotverfahrens ist die NPD natürlich so richtig in Fahrt gekommen, was das Selbstbewusstsein der entsprechenden „Kader“ stark gehoben hat.

Was brauchen wir jetzt in Sachsen für eine Therapie? Wir brauchen vor allen Dingen eins: Wir müssen die CDU als konservative, als wertorientierte und als patriotische Volkspartei neu profilieren. Und wir müssen uns so aufstellen, dass wir die Auseinandersetzung gegen die Linken und die Rechtsextremen wirklich mit aller Kraft führen können. Wie schwierig das ist, erleben wir immer wieder im Sächsischen Landtag. Für uns wird es langsam ein Problem, die politische Kontur der CDU darzustellen. Wofür steht die CDU überhaupt? Wir können nicht bloß für die Reformen stehen, die wichtig sind und durchgeführt werden müssen. Wir müssen dieses Konservative und dieses Patriotische und unsere Wertorientierung auch so definieren, dass wir dies der Bevölkerung redlich vermitteln können, und da brauchen wir wahrhaft, ich glaube auch in der Bundespartei, eine Kraftanstrengung. Ansonsten kann es passieren, dass die Rechtsextremen auch die 5%-Hürde nehmen und im Bundestag sitzen. Das hätte ich vor zwei, drei Monaten noch nicht gedacht. Die Gefahr ist viel realer, als wir bisher angenommen haben. ■

Die Autoren

Günter Buchstab, Dr., Leiter Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Norbert Lammert, Dr., MdB, Parl. Staatssekretär a.D., Vizepräsident des Deutschen Bundestages, stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Werner J. Patzelt, Prof. Dr., Institut für Politikwissenschaft der Technische Universität Dresden

Matthias Rößler, Dr., MdL, Staatsminister a.D.